

John K. Mewes, Tel. 0 60 51/85-122 52, mobil 0175/222 47 63 oder Frank Walzer, Tel. 0 60 51/85-123 20, mobil 0151/28 005 633
Der Kreisausschuss, Referat Presse und Information, Postfach 1465, 63569 Gelnhausen

„Gemeinsame Aufgabe, schnell und einfach zu helfen“

Für Geflüchtete aus der Ukraine: Zentrale Koordination von Hilfsangeboten – Infoplattform „Ukrainehilfe MKK“ und Infohotline gestartet

Main-Kinzig-Kreis. – Im Main-Kinzig-Kreis und den Städten und Gemeinden im Kreisgebiet gehen die Vorbereitungen für das Eintreffen von ukrainischen Geflüchteten weiter. „Es haben sich schon die ersten Menschen aus der Ukraine bei der Ausländerbehörde des Kreises gemeldet, die bei Freunden oder Verwandten in unserer Region untergebracht worden sind“, berichtete Landrat Thorsten Stolz. „Wir gehen davon aus, dass noch viele weitere nach Deutschland und auch in unseren Landkreis kommen, die eben niemanden hier haben, an den sie sich privat wenden können. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, ihnen schnell und einfach zu helfen.“ Daher hat der Main-Kinzig-Kreis, gemeinsam mit allen Städten und Gemeinden, am Dienstag die Bitte an die Bürgerschaft erneuert, freie Wohnunterkünfte zu melden. Hinweise und Angebote nimmt der Kreis zentral über die Mailadresse wohnraum@mkk.de entgegen.

Die Kommunen und der Kreis verbanden ihre Bitte um Mithilfe zugleich mit einem Dank an jene, die vereinzelt schon Wohnungen und Sachspenden angeboten haben. Das sei sehr willkommen „und es wird den dringenden Bedarf danach geben, wenn man die Entwicklung des Angriffskriegs in der Ukraine mitverfolgt“, wie Landrat Thorsten Stolz anmerkt. Die Koordination teilen sich dabei verschiedene Akteure. Am Dienstag haben zum Beispiel die beiden Verbände des Deutschen Roten Kreuzes aus Hanau und Gelnhausen-Schlüchtern ihre Zusage gegeben, die Sammlung von Sachspenden in der Region zu übernehmen. Sie wollen dazu externe Räumlichkeiten anmieten, die sie für diesen Zweck einrichten werden. Spendenwillige Bürgerinnen und Bürger werden gebeten, die Sachspenden möglichst gemäß der Aufrufe des DRK an die Sammelstellen zu geben. So kann zielgerichtet Hilfe geleistet werden.

Schon über das Wochenende hatten der Main-Kinzig-Kreis, die Stadt Hanau sowie weitere Kommunen und Verbände ein eng abgestimmtes gemeinsames Vorgehen vereinbart. Das betrifft sowohl die Zusammenarbeit bei Fragen der Unterbringung und der Versorgung als auch bei aufenthaltsrechtlichen Themen und dem Zusammenspiel der Verwaltungen.

Zentrale Koordinierungsstelle in der Kreisverwaltung

Erste Kreisbeigeordnete Susanne Simmler hat hierzu mit dem für Migration und Integration zuständigen Amt in der Kreisverwaltung die Grundlagen gelegt für einen zentralen

Umschlagspunkt, eine Art Koordinierungsstelle in der Verwaltung. Die Annahme und Prüfung von Wohn- und Hilfsangeboten läuft ebenso über diese Stelle wie die Beantwortung der individuellen aufenthaltsrechtlichen und weiteren Fragen, die sich im Laufe der nächsten Tage stellen können.

„Im Moment kommen die ersten Geflüchteten bei uns an, ohne dass sie dringenden Bedarf nach einer Unterbringung haben. Das ist erst mal gut und wichtig und dafür sind wir den privaten Gastgebern auch dankbar. Die weiteren Themen schließen sich dennoch an, bei denen wir als Main-Kinzig-Kreis einen Schutzauftrag haben“, führt Sozialdezernentin Susanne Simmler aus. „Wenn die Menschen medizinische Betreuung benötigen oder Kinder mit dabei sind, die wir im Blick haben müssen, dann wollen und müssen wir da helfen.“ Daher bittet sie auch mit Blick auf die Haushalte, die in diesen Tagen Freunde oder Bekannte aus der Ukraine aufnehmen, diesen den Hinweis zu geben, sich bei der Ausländerbehörde zu melden. Eine erste einfache Meldung per Mail genügt an ukraine@mkk.de. Nähere Informationen folgen dann auf direktem Weg.

Informationen auf vielerlei Kanälen

Der Main-Kinzig-Kreis hat neben den Vorbereitungen auf Fachebene in dieser Woche einen Verwaltungsstab einberufen, in dem die vielen Aspekte der „Ukrainehilfe MKK“ gebündelt werden. Unter dieser Überschrift hat der Main-Kinzig-Kreis am Montag beispielsweise eine Informationsplattform auf seiner Internetseite onlinegestellt, auf der die Möglichkeiten des „Helfens“ und des „Hilfe-Empfangens“ kanalisiert werden. Ebenso finden sich dort zentrale Fragen und Antworten, die Geflüchtete aus der Ukraine betreffen. Eine Übersetzung des Textangebots wird derzeit vorbereitet und das Angebot in den kommenden Tagen je nach Bedarf und aktueller Entwicklung ausgebaut.

Eine Infohotline mit direktem Draht zu Fachpersonen sämtlicher Fachbereiche des Ausländerwesens ist seit Dienstag geschaltet: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unter der Nummer 06051-8518000 zu den Sprechzeiten zu erreichen (montags bis mittwochs 8 bis 16 Uhr, donnerstags 8 bis 17.30 Uhr, freitags 8 bis 14 Uhr). Dort werden alle Fragen rund um Aufenthalt, Unterbringung, Sozialleistungen und Unterstützung beantwortet.

Die Stadt Hanau verfügt über eine eigene Ausländerbehörde und hat in dieser Woche ebenfalls ein umfangreiches Infoangebot auf den Weg gebracht. Dennoch sehen sich der Magistrat um Oberbürgermeister Claus Kaminsky, die Kreisspitze sowie Erlensees Bürgermeister Stefan Erb, stellvertretend für die weiteren Kommunen, im Einklang. „Es gibt in der Region die große Bereitschaft zur Hilfe. Und genauso wird es in der Region behördenübergreifend ähnliche Herausforderungen und Fragen geben. Es ist daher im Sinne aller, wenn wir hier gemeinsam agieren und unsere Kräfte bündeln“, erklärt Stefan Erb, Sprecher der Bürgermeisterkreisversammlung. Erb bekräftigt, „dass es zunächst die Frage der Wohnungssuche

ist, die uns alle beschäftigt“: „Wir nutzen dezentral in allen Kommunen unsere Kontakte und Netzwerke und reichen die Adressen, die wir ermitteln können, unmittelbar an den Main-Kinzig-Kreis weiter. Wir gehen im Moment davon aus, dass die Zuteilung von Geflüchteten ähnlich verläuft wie in den vergangenen Jahren, so dass letztlich wieder jede Kommune in der Pflicht ist, sich bei dem wichtigen Thema der Unterbringung zu engagieren.“

Auch Private können Wohnungsangebote an den Kreis richten

Neben den Möglichkeiten der Unterbringung, die der Kreis und die Kommunen über ihre Register und Netzwerke zusammenstellen, kann sich auch jede Bürgerin und jeder Bürger mit Hinweisen an den Main-Kinzig-Kreis wenden. Die Mailadresse wohnraum@mkk.de ist die zentrale Sammeladresse dafür und wird durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde betreut. Somit sind die Wege zwischen Angebot und möglichem direkten Bedarf denkbar kurz.

Am Dienstagvormittag hatte der Main-Kinzig-Kreis 22 Meldungen von Geflüchteten aus der Ukraine registriert. Sie waren nach Erkenntnissen des Kreises nach dem Grenzübertritt in die Europäische Union auf direktem Wege zu Bekannten in das Kreisgebiet gereist. Wie viele Menschen in den nächsten Tagen auf ähnlichem Wege Zuflucht suchen oder über eine zentrale Zuteilung des Landes Hessen im Main-Kinzig-Kreis ankommen werden, ist derzeit nicht quantifizierbar.

Landrat Thorsten Stolz, Erste Kreisbeigeordnete Susanne Simmler und Kreisbeigeordneter Winfried Ottmann hoffen indes, dass die Aufnahme, Betreuung und Integration ohne größere bürokratische Hürden abläuft. „Die kommunalen Spitzenverbände und das Land Hessen stehen hier im Austausch und besprechen derzeit, wie die Abläufe lagebezogen vereinfacht werden können. Wenn der Krieg in der Ukraine weiter eskaliert, muss man über eine möglicherweise längere Hilfe für die Menschen aus der Ukraine nachdenken und die Antrags- und Verlängerungsverfahren entsprechend anpassen“, sagte Landrat Thorsten Stolz.

Mehrere Zeichen der Solidarität

Für den kommenden Freitag, 4. März, haben die Stadt Hanau, der Main-Kinzig-Kreis sowie die weiteren Städte und Gemeinden gemeinsam zu einer zentralen Solidaritätskundgebung auf dem Hanauer Marktplatz aufgerufen. Beginn ist um 18 Uhr. An diesem Mittwoch, 2. März, unterstützt der Main-Kinzig-Kreis zudem das Gedenken an Schulen: Um 11 Uhr wird nicht nur in Schulen, sondern auch in der Kreisverwaltung und den angeschlossenen Servicestellen eine Schweigeminute abgehalten. „Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die durch diesen Krieg in Not geraten sind, ihre Heimat verlassen müssen und liebe Menschen verloren haben“, heißt es in einem Aufruf der Kreisspitze an die Beschäftigten. „Wir fordern gemeinsam ein Ende dieses Schreckens und Frieden für die Ukraine.“